

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abonnement: Einzelnummer 10 Pf. Durch Aussträger 25 Pf. ...

Mittwoch, 21. Februar 1923

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Mittelzeile über deren Raum 50 Pf. ...

Die Verständigung beginnt!

England vermittelt. Der Dollar steigt. Die Löhne sollen abgebaut werden, weil die Preise gesunken sind!

Das Ruhrabenteuer zweiter Akt beginnt. Der Regierung Cuno geht trotz nationaler Einheitsfront und Entfaltung des furor teutonius der Atem aus...

Das Wasser muß den Katastrophenpolitikern bereits bis an den Hals stehen, wenn sie aus dieser dürrigen Blüte englischer Verständigungsabsichten Honig für ihre Politik saugen...

Die Grubenflaven erheben sich.

Am 16. Februar haben die französischen Bergleute, dem Ruf der CGTU folgend, die Arbeit in den Gruben eingestellt. 120 000 Bergleute befinden sich schon im Streik...

Seit 17 Tagen kämpfen 65 000 deutsche Bergleute an der Saar; 12 000 Bergleute im benachbarten französischen Lothringen. Einheitlich führen sie ihren Kampf...

Folterkammern in der Schupo.

Bestialitäten Essener Schupo gegen Gefangene. Die Schupo in der Folterkammer - heult die Stinnes-Presse, weil einige gefangene Schupobeamte Gelsenkirchens von den Franzosen mißhandelt worden sind...

Schupo in der Folterkammer!

Es ist höchste Zeit, daß die anständigen Elemente in der Schupo gegen die viehischen Grausamkeiten ihrer nationalsozialistischen Offiziere Front machen und zusammen mit den Arbeitern, mit den proletarischen Hundstschäfern...

Ein neues Kohlensteuergesetz.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats nahm den Entwurf eines neuen Kohlensteuergesetzes, durch den die bisherige Kohlensteuer abgeschafft wird, an...

Die Streibewegung in Frankreich.

Paris, 18. Februar. Nach einer Meldung der Agentur Havas hat sich der Bergarbeiterstreik im Becken von Maais und Besseges ausgedehnt. In Martinet ist der Ausstand allgemein...

Die Streibewegung in Frankreich.

Die Streikbewegung in Frankreich hat sich in den letzten Tagen des amerikanischen Bergarbeiterstreiks in das Ungeheure unter ganz ähnlichen Umständen...

General Le Rond im Rheinlande?

Wie ein Berliner Abendblatt aus Essen zu melden weiß, soll der ehemalige Präsident der Interalliierten Abstimmungs-Kommission in Oberschlesien, General Le Rond, dort eingetroffen sein...

# Arbeiterfrauen vor die Front!

Arbeiterführer selbst eingestehen, daß auf ihren bisherigen Wegen die Arbeiter nur Niederlagen erlitten haben. Die englischen Bergarbeiterführer wärten den deutschen Bergarbeiterführern vor, daß sie durch ihr Zusammengehen mit den überhöhten Hunderttausend von englischen Bergarbeitern arbeitslos gemacht haben. Die Deutschen sagten, daß an all dem Uebel nur der Versailler Vertrag schuld sei, und es die Pflicht der Bergarbeiterführer in den anderen Staaten wäre, den Versailler Vertrag zu beseitigen. Dem im Streit befindlichen amerikanischen Bergbauern wurde aber keine Solidarität geübt. Derselbe Barutel, der noch im Jahre 1920 wärmster Befürworter des Versailler Vertrages war, forderte zwar diese Solidarität, aber hinter seiner Forderung verbarg sich nur der Wunsch, seine Situation für den im Oktober 1922 geplanten französischen Kohlengräberstreit zu verbessern. Die deutschen Bergarbeiterführer gingen schurkisch aus der Frankfurter Konferenz zur Verhandlung mit den Grubenbaronen und vereinbarten hier das Überstundenabkommen, durch das die englische Kohlenzufuhr nach Deutschland unterbunden werden sollte, während die englischen Bergarbeiterführer für verstärkte Kohlenausfuhr nach Amerika wirkten.

Die Kohlengräber haben eine große Macht. Sie sind die härteste Schicht des Proletariats. Ein gemeinsamer Aktion der Bergarbeiter in den wichtigsten Ländern kann die Kapitalisten auf die Knie zwingen, muß einen unerhörten Einfluß auf die kapitalistisch. Politik ausüben. Detonatorisch sind die Bergarbeiter in einer günstigeren Situation als die anderen Arbeiter. Sie können besser als diese ihre Arbeitsbedingungen gegenüber den Angriffen der Kapitalisten verteidigen, wenn sie zusammenstehen. Jeder Arbeiter, der es ernst meint mit dem Kampf gegen den Kapitalismus, mit der Verteidigung der Interessen seiner Klasse gegenüber allen Angriffen, der nicht will, daß die Kapitalisten durch neue Kriege neues Unheil stiften, der muß den Kampf der Kohlengräber gegen das nationale und internationale Kapital begrüßen.

Der Einbruch Poincares in die Ruhr hat dieses wichtige Kohlengebiet aus der Versorgung der Wirtschaft mit Kohle zum beträchtlichsten Teile ausgegliedert. Die französische Sajanette jerrten die Kohle dem deutschen Kartell, die Stilllegung der Eisenbahn im besetzten Gebiet dagegen liefert diese Kohle auch dem französischen Kapital. Durch ihren Wirtschaftskrieg an der Ruhr schlagen sich die Kapitalisten beider Staaten schwerer Wunden. Sie verschärfen aber auch die gemeinsame Krise und zerstören die Grundlagen der Produktion.

Der Streit an der Saar war der erste Gegenstoß der Arbeiterklasse der französischen Bergarbeiterführer vernachlässigt den Lohn. Die Bergarbeiter der anderen Länder haben es in der Hand, ihn zu erweitern und erfolgreich zu machen. Gelingen soll eine gemeinsamer Aktion, dann ist die erste Stufe in die kapitalistische Ökonomie gelegt. Der erste Sieg der Arbeiter nach diesen Niederlagen erschauen, wird den Mut der Arbeiterklasse heben. Die erste gemeinsame Arbeiteraktion wird Millionen Gleichgültiger aufraffen und wieder in die Klassenfront einziehen.

Eine Niederlage der Arbeiter dagegen müßte die Arbeiter in eine noch größere Abhängigkeit von ihren kapitalistischen Herren bringen. Schon triumpht der Kapitalismus in einer Reihe von Ländern. Auch in Frankreich, in Deutschland, in der Tschechoslowakei stehen sich die Klassen, um ihre Diktatur über die Arbeiterklasse aufzurichten. Gerade jetzt heißt die Arbeiterklasse wieder an einem Wendepunkt. Die Bergarbeiter müssen ihren Kampf gewinnen, damit das Kapital nicht triumphiert. In dieser Stunde läßt kein Zweifel über die Schwäche der Arbeiterklasse, um wie es täglich aus dem Munde der Arbeitermänner hört. Die deutschen Bergarbeiterführer, die verdammt sind wie die nationalen, haben ihren Ruf an die Arbeiter der Welt gerichtet. Die sollen den Kampf der deutschen Arbeiter an der Seite der deutschen Bourgeoisie gegen den französischen Imperialismus unterstützen und dabei stehen sie aus. „Unser Sieg ist auch euer Sieg!“ Die Aufforderung der deutschen Kommunisten und Unionisten an die deutschen Arbeiter, an der Seite der französischen Kameraden gemeinsam den Kampf gegen die deutschen wie die französischen Unterdrücker zu führen, bekräftigen die Arbeiter als eine Unterstützung von Poincare. Und mit denselben Argumenten kämpft an der Seite der französischen Kapitalisten Barutel.

In den Händen der Großenstaaten Englands, Frankreichs, Deutschlands, Frankreichs und der Tschechoslowakei liegt jetzt nicht nur ihr eigenes Schicksal, in ihren Händen liegt Sieg oder Niederlage der europäischen Arbeiterklasse. Die Bergarbeiter müssen das erkennen. Sie müssen ihre ganze Kraft zusammennehmen, um den Feind zu schlagen, der sich gegen die Arbeiterklasse und gegen den Frieden erhoben hat. Was sie das nicht tun, dazu werden sie wie die reformistischen Führer den Klassenfeinden in die Hände spielen.

Keine Stunde Kohle darf gefordert werden, die den Imperialisten hilft, ihr jenseitiges Spiel fortzusetzen, keine Stunde Kohle darf geliefert werden, die den Streit der kämpfenden Kameraden brechen kann. Keine Überhöhten mehr, für welche Kapitalisten es auch ist. Die Grubenbarone müssen ihre Kämpfe verzichten. Die Grubenbarone müssen sich gemeinsam erheben.

## Gegen die „Ruhrhilfe“

Die Stellung der Kommunisten im Reichstag zu „Ruhrhilfe“  
Am vorigen Donnerstag schloß der Reichstag die Debatte zum Etat des Ministeriums des Innern fort.  
Der parlamentarische Rat führte Beschwerde über die „holländische“ Regierungsmethoden des holländischen Innenministers Spruiell.  
Die Redner aller bürgerlichen Parteien befaßigten sich in der Hauptsache mit den Vorgängen an der Ruhr.

Sie vorübergehende Preissteigerung für Schmalz, Margarine und andere eingeführte Waren darf die Arbeiterschaft nicht darüber hinwegtäuschen, daß binnen kurzem ein gewaltiger Rückgang einreten kann. Auf der anderen Seite wird aber gerade durch die weiteren Preissteigerungen von Inlandsprodukten wie Milch, Kartoffeln, Brot, Fleisch und vielen anderen Waren jedem einzelnen die Notwendigkeit klar, sich gegen den Wucher unserer „Patrioten“ zu wehren.

## Was können die Kontrollausschüsse tun?

Aus dem ganzen Reichs kommen Nachrichten, die sehr deutlich erkennen lassen, wie wirksam proletarische Kontrollausschüsse beim Kleinhandel dem Wucher entgegenzutreten können. Überall in allen Versammlungen, muß auf die Erfahrungen in Chemnitz und im westlichen Industriegebiet hingewiesen werden. Für Berlin blieb die Tätigkeit der Kontrollausschüsse bisher nur auf verhältnismäßig wenige Fälle beschränkt. Erst nach und nach sind die proletarischen Kontrollorgane auch in Berlin zu Vertrauensträgern der Arbeiterschaft geworden. Die Entwicklung ihrer Tätigkeit hat aber gezeigt, daß bei den komplizierten Verhältnissen des großstädtischen Handels häufig neben den Verbrauchern auch der Kleinhandel der Bewachung ist.

## Über den Kleinhandel hinaus!

Bei der Kontrolle der Ladengeschäfte und der Markthalen dürfen sich die Kontrollausschüsse dabei nicht mit der Feststellung begnügen, daß die vom Händler verkaufte Ware dem Einkaufspreis des Kleinhandlers entspricht, sondern sie müssen, wenn Wucherpreise festgestellt werden, den Kleinhandler zwingen, seine Ware gegen den wuchernden Großhändler oder direkt gegen den liebenden Produzenten vorzugehen.

## Genosse Eichhorn

Wir verurteilen den Einbruch der Franzosen, wie wir überhaupt jede imperialistische Gewalttat verurteilen, aber nur wir haben das Recht hierzu, weil wir stets gegen jede Gewaltpolitik, auch gegen die der deutschen Imperialisten, Protest erhoben haben. Die deutsche Bourgeoisie proklamiert nur, weil nicht mehr sie selbst, sondern die Franzosen Gewaltpolitik an der Ruhr treiben.

Wir wünschen wohl, daß sich die deutsche Bourgeoisie bei der sogenannten nationalen Protestbewegung so lautstark hervorbringt, denn das Spielzeug steht auf dem Spiel der Ruhr.

Wir haben alle Verantwortung, der Verwendung der sogenannten

## Ruhrhilfe

die größte Kammernarbeit zu leisten. Es sind ca. 80 Milliarden Mark aufgewendet worden, von denen man nichts weiß, wo sie geblieben. Sicher sind sie angewandt worden für die Erhaltung der nationalen Einheitsfront zwischen deutschen Großunternehmern und Arbeitern. Daß dabei auch namhafte Summen in die Taschen der Unternehmer fließen, ist sehr wahrscheinlich.

Der Schaden der Saabitzer Kautschuk- und Sodafabrik wo Peleto und Kautschukherstellung zur Herstellung von Sprengstoffen an Frankreich veräußert wurden, beweist erneut, daß die Herren des Kapitals kein Skrupel beim Geldverdienen haben. Es betrübte unsere Kapitalisten nicht im mindesten, daß mit diesen Peleto und Sodafabrik hergestellt und mit diesen Sprengstoffen deutsches Leben und Eigentum vernichtet werden kann.

Kein anderer als der preussische Wohlfahrtsminister hat in der Sitzung des Landtages am 23. Januar Angaben gemacht, die das ganze Verbrechen unserer Wirtschaftspolitik bloßlegen: Hohe Prozentzahlen der Schulden oder Kautschuk, Sauglinge in Papier eingeschickelt, abholter Kautschuk an den unbedingten notwendigsten Lebensmitteln wie Brot und Kartoffeln, in hohem Grade vergrößert: Steckrüben in allen Lebensmitteln, das war das Ergebnis der Ministerrede.

Der Etat des Innern weist für

## Naturkatastrophe

eine Ausgabe von einer Drittel-Milliarde auf, dagegen aber für Polizei und Technische Nothilfe 31 Milliarden Mark, das sind fünf Siebentel des Gesamtetats. Diese Zahlen beweisen, daß Deutschland ein Polizeistaat geworden ist, ein Polizeistaat gegen die Arbeiter. Das ungeheure Gewicht der politischen und sozialen Spitze, die die Regierung ausbildet, die sogenannten Kommissariate für die öffentliche Ordnung, werden nun gegen die revolutionäre Arbeiterschaft gebraucht.

Über nicht nur über die Geheimpolizei, sondern auch über die Schupo ist Klage zu führen. Sie ist vollkommen militärisch aufgezoogen und, wenn man ihre Führer beurlaubt, bietet sie keine Gewähr, daß sie nicht als Sturmtruppe gegen die vom Bürgertum verschuldeten Hungertruppen eingesetzt werden wird. Eine so militärisch aufgezoogene Polizei muß sachdienlich natürlich versagen, muß ganz besonders versagen im Kampf gegen den Wucher, der sich tagtäglich breiter macht. Die Herausziehung der Polizeitruppe von 11 auf 12 Uhr in Berlin ist der beste Beweis hierfür. Denn diese Maßnahme ist weder nichts als ein Schutz gegen die Schieber und Schlemmer, die sich bis 11 Uhr abends nicht genügend patriotisch befehlen können. Gegen dieses Gesindel hilft nur die Arbeitspflicht. Hier konnte sich das verarmte Deutschland ein Beispiel nehmen an der russischen Sowjetrepublik, die in ihrem Artikel 5, Ziffer 18, folgenden Satz hat:

Die Räte erachtet die Arbeit als die Pflicht sämtlicher Bürger der Republik und verurteilt die Lässigkeit. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

## Die Verwendung der „Ruhrhilfe“

Zwischen den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden des allbesetzten Gebietes ist eine Vereinbarung zu Stande gekommen, wonach die Unternehmer sich bereit erklären, die Betriebe „solange wie möglich“ fortzuführen, sofern ihnen aus Mitteln der „Ruhrhilfe“ die Lohngebühren ersetzt werden, falls sie zu ihrer Aufbringung „zu schwach“

Bei ihrer Arbeit werden die Mitglieder der Kontrollausschüsse wenig oder gar nichts von der Hilfe der Behörden zu erwarten haben. In vielen Fällen wird ihnen sogar die Polizei hindernd in den Weg treten.

## Proletarische Solidarität!

Die im Dienste der Arbeiterschaft ihre schwierige Aufgabe erfüllenden proletarischen Kontrollausschüsse werden aber dem Händler nicht wehrlos gegenüberstehen. Sie dürfen sich auf die Hilfe aller Proletarier stützen, die in gleicher Weise an der Belämpfung des Wuchers interessiert sind. So wurde in den letzten Tagen erst in der Markthalle in der Adlerstraße ein Stand geschlossen, dessen Inhaberin erklärte, wenn die Heringe den Arbeitern zu teuer sind, dann sind sie auch zu schade, um von Arbeitern gegessen zu werden! Da sie sich außerdem weigerte, die Einkaufspreise zu zeigen, wurde vorzuliegen, wurde von dem Kontrollausschuss ein Posten in der Nähe dieses Standes aufgestellt, der alle Arbeiterfrauen, die dort kaufen wollten, darüber aufklärte, welche arbeiterfeindliche Haltung die Händlerin eingenommen hatte. Das half mehr, als ein Gang zu der sogenannten Wucherpolizei. Die Ware blieb dort ungelauft und nachdem der Kontrollausschuss einige Tage ausgehalten hatte, mußte der Stand geschlossen werden.

Aus solchen Einzelfällen wird sich der Kampf, den die Arbeiter in erster Linie natürlich die Arbeiterfrau — zu führen haben, zusammensetzen. Darüber hinaus müssen aber auch die Kontrollausschüsse der einzelnen Bezirke untereinander in engerer Fühlung bleiben, um ständig Erfahrungen und Feststellungen miteinander auszutauschen. Organisatorisch werden sie eine wirksame Waffe des Proletariats bilden, wenn sie Hand in Hand mit den Betriebsräten des Saubergewerbes und der Lebensmittelindustrie ihre Arbeit verrichten.

Es ist selbstverständlich, daß die Unternehmer die „Ruhrhilfsgelder“ in weitgehendstem Maße einstecken werden, besonders da mit keinem Wort davon die Rede ist, daß die Unternehmer das Produkt der geleisteten Arbeitsleistung oder auch nur teilweise dem nationalen Hilfswerk zuführen müßten. Dagegen gibt folgender Passus über den Charakter des Ruhrhilfe-Schwindels deutliche Auskunft:

Die Rhein-Ruhrhilfe wird nicht gewährt, wenn Arbeitnehmer die Übernahme von Arbeit, die ihnen billigerweise zugemutet werden kann, ohne wichtigen Grund ablehnen, dergleichen nicht bei Arbeitskämpfen zur Austragung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Damit wird bestätigt, daß durch den Ruhrhilfsefonds die Arbeiter vollkommen der Unternehmerwillkür ausgeliefert werden. Nur die Unternehmer erhalten die Ruhrhilfsgelder, sie können diktieren, was die Arbeiter arbeiten müssen und wieviel Lohn sie erhalten, widrigenfalls der Unternehmer die Lohnslaven auf die Straße stellt. Wenn man bedenkt, daß im besetzten Gebiet die Preise täglich weiter hinaufgetrieben werden, daß die Unternehmer die notwendige Angleichung des Lohnes an die Teuerung brutal verweigern, was bereits zu mehreren Lohnstreiks geführt hat, so kann man ersehen, was die Bestimmung bedeutet, daß bei Streiks oder Aussperrung die Arbeiter keinerlei Anspruch auf Unterstützung haben. Gewiß wird bei „funktionierten“ Streiks die statistische Unterstützung der Gewerkschaften eintreten. Da aber diese keineswegs für die neue Wuchererfordelung der Prozentpatrioten zugeschnitten ist und andererseits bei der bürgerlichen Einstellung der gewerkschaftlichen Zentralinstanzen wohl die wenigsten Arbeitskämpfe sanktioniert werden, so sind die gegen den Uebermut und die Willkür der deutschen Unternehmer kämpfenden rheinischen Proletarier auf die Unterstützung ihrer Klassenossen im Reich angewiesen. Diefem Zweck dient der Kampffonds des Reichsausschusses der Betriebsräte, den die Klassenbewußten Arbeiter stärken müssen.

## Arbeitslosendemonstrationen im Rheinland

Wie wir bereits meldeten, hat die Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet riesigen Umfang angenommen. In Crefeld, in Rheinhausen, Rhend und Münden-Gladbach fanden große Arbeitslosenversammlungen und Demonstrationen statt, überall wählten die Versammelten eigene Erwerbslosenräte. Die Arbeitslosen verlangen vor allem Bergabänderung jeder Entlassung, restlose Wiedereinstellung in den Produktionsprozeß. Solange letztere Forderung nicht erfüllt ist, wird um Bewilligung folgender Punkte gekämpft:

1. Sofortige Auszahlung einer Wirtschaftsbeihilfe.
2. Zahlung der Erwerbslosenunterstützung auch an die bisher schon Arbeitslosen.
3. Zwangriffnahme produktiver Arbeitsarbeiten.
4. Lieferung von Brennstoff und Stundung der Gasrechnungen für alle Arbeitslosen.
5. Belieferung mit Milch an die Kinder der Arbeits- und Erwerbslosen.
6. Herabsetzung des Erwerbslosenrates bei der Mitwirkung der Fürsorge.

Unter dem Druck der Massen und der KPD-Vertreter hat die Stadtverwaltung Münden-Gladbach Beschlüsse bewilligen müssen. In Crefeld und Münden-Gladbach wurde das Rathaus von Schupo abgesperrt. Regierungsrat Grugre: mußte im Münden-Gladbacher Bezirk durch Plakate ankündigen lassen, daß für Erwerbslose der volle Lohn gezahlt werde.

Die Unternehmer im besetzten Gebiet werfen also, trotzdem sie in reichlichem Maße aus Mitteln der „Ruhrhilfe“ gespeist werden, Laufende von Arbeitern auf die Straße, wenn es ihnen profitabler erscheint, den Betrieb stillzulegen als weiterarbeiten zu lassen. Die Arbeiterschaft des besetzten Gebietes hat aber bereits den Kampf gegen diese Unternehmerwillkür aufgenommen. Die Betriebsräte stellen fest, wo weiterproduziert werden kann. Neben all und gegen Entlassungen sofort angekämpft und für die Erwerbslosen wird volle Fortzahlung des Lohnes verlangt.

Dieser Kampf muß in Kürze zu größeren Konflikten führen. Die Gesamtarbeiterschaft muß in diesem Fall Solidarität üben.

# Aus Gewerkschaften und Betrieben.

## Die Nebertouren für den Bezirk Ober-Schlesien.

Am Sonntag, den 4. Februar, fand im Gewerkschaftshaus Jaborze für den Bezirk Deutsch-Ober-Schlesien eine Nebertouren der Betriebsräte und Funktionäre der arbeitgemeinschaftlichen Gewerkschaften statt. Aus der Tagesordnung stand: Bericht des Dreizehner-Ausschusses, 2. Ueberschichtenabkommen, 3. Ruhegebetshilfe.

Die Leitung der Konferenz sowie die Mandatsprüfung wurde mit allgemeiner Zustimmung dem Dreizehner-Ausschuss übertragen. Nach Prüfung der Mandate wurden 218 Anwesende festgestellt, die sich auf die einzelnen Gewerkschaften verteilen, indem die Freien Gewerkschaften, mit dem Bergarbeiterverband an der Spitze, am stärksten vertreten waren. Die christlichen Bergarbeiter sowie Metallarbeiter waren durch 36 bzw. 7 Delegierte vertreten. Es muß hervorgehoben werden, daß die Christen wohl ihren ganzen Funktionärapparat mobil gemacht haben für diese Konferenz, da sie nur im ganzen zwei Betriebsräte im ganzen Bezirk Ober-Schlesien zu den übrigen zählen können.

Zu Punkt 1 berichtete der Bezirksleiter Franz über die Ergebnisse bei der Regierung in Oppeln sowie über die Verhandlungen in Berlin. Dies löste eine lebhafteste Ausdrucksweise aus, wobei noch vornehmlich der „Erdbebe“ bemängelt wurde, da die Arbeitervertreter, um diese zu erreichen, verschiedene kleine Zugeständnisse machten, wie Franz selbst berichtet. Weiter wurde von verschiedenen Rednern über die Waffensuche in den einzelnen Betriebsanlagen durch die Schupo berichtet, und von den meisten betont, daß allem Anschein nach die Schupo sowie einzelne Mitglieder der Behörden nicht ganz einwandfrei gehandelt haben. Nach dieser Richtung hin wurden unaufschieblich Maßnahmen gefordert, um den Faschisten ihr Handwerk zu legen. Es kamen sodann zwei Resolutionen zur Abstimmung. In der ersten werden die Spitzenorganisationen ersucht, bei der Regierung dahin zu wirken, damit die 10 Proz. Lohnsteuer bei der dauernden Entwertung der Mark abgeändert wird. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. In der zweiten wurde gefordert, daß die beschlagnahmten Waffen an die Arbeiterschaft unter Kontrolle der Betriebsräte verwandt werden. Gegen diese Resolution stimmten restlos die Christen, da sie ihrem Grundsatz, der ihnen in der Schule eingepaukt, treu bleiben wollten: „Spiele nicht mit Schießgewehr, denn es kann geladen sein“, gegen diese Stimmen wurde sie doch angenommen. Zu Punkt 2 referierte Gewerkschaftsführer Schneitz (Christlich). Mit lautsprechender Miene versuchte er seine lieben Freunde, wie er die Anwesenden anredete, zu überzeugen und ihnen begreiflich zu machen, wie sehr die Ruhrgebietsarbeiter durch den französischen Imperialismus leiden. Deutschland sei einzuang von kapitalistischen Staaten umgeben, die das deutsche Volk knechten und ausbeuten wollten, deshalb sei unsere Pflicht, unseren Brüdern in Deutschland zu helfen, indem wir Ueberschichten beschaffen. Viele gütliche, schonen Worte fielen nicht auf guten Boden, denn schon der erste Diskussionsredner sprach im entgegengesetzten Sinne und er suchte, das Ueberschichtenabkommen unter keinen Umständen anzunehmen, da dieses Abkommen der Arbeiterschaft in keiner Weise dienen kann, sondern wir dadurch einer Gefahr entgegengehen. Da noch ein Kollege in demselben Sinne sprach und unsere berufenen Vertreter sahen, daß die Sache für sie nicht gehen könnte, ergriff Bezirksleiter Franz das Wort und suchte in starken Tönen die Situation für seine Sache auszusprechen. Da er in jedem der nicht seiner Meinung ist, einen Kommunisten wittert, zog er lebhaft gegen die Kommunisten los, wie gewöhnlich würde auch Sowjetrußland wieder herhalten, bis ihn einige Genossen zur Sache mahnen mußten; weil er den anwesenden Genossen vorwärts, Parteipolitik zu treiben. Auf verschiedene Zurufe, ob er augenblicklich nicht Parteipolitik treibe, ging er zur Sache über, arbeitete mit allen Mitteln, brachte seine ganze Redekunst auf, um den Anwesenden recht sehr die Ueberschichten schmachhaft zu machen. Einmal die schonen Worte gebraucht, nach einer Weile wieder die größte Entwertung zeigend, drohte der Herr Franz mit den Worten: Wenn heute der Beschluß nicht durchkommt, dann fahre ich nicht mehr nach Berlin (nämlich zu Lohnverhandlungen). Wie naiv der gute Mann ist! Doch aus den Anwesenden wurde ihm der Standpunkt klar, wie wir über diese Drohung denken. Nachdem nun das Zeit für die Diskussionen gemacht wurde, indem er alle Mienen springen ließ, empfahl er allen, sich der Tragweite des Beschlusses bewußt zu werden und dem Ueberschichtenabkommen zuzustimmen. Außerdem mahnten noch zwei kleinere Kanonen auf, beide Christen, und suchten noch zu retten, was noch zu retten war. Man mußte wirklich staunen über das große Interesse unserer berufenen

Vertreter für die Ueberschichten. Der Grund für dieses Interesse war wohl der, daß sich die Herren, besonders die der freien Gewerkschaften, als echt vaterlandstreu erweisen wollten, oder sind gar etwa welche Posten im Reichstohlenrat oder anderwärts zu vergeben? Als hierauf einige Betriebsräte darauf aufmerksam machten, infolge der ungeheuren Tragweite des Abkommens eine Abstimmung in den Betrieben vorzunehmen, da die Konferenz zu so einem Beschlusse nicht kompetent sei und eine Abstimmung nicht vorzunehmen, erklärten die Herren, die glaubten, eine Einheitsfront für die Ueberschichten geschaffen zu haben im Interesse Stinnes, Thyllen und Konforten, daß die Konferenz für diesen Beschlusse kompetent sei, und gingen zur Abstimmung über. Trotz aller Machinationen, wobei zwecks dieser Abstimmung auch die Funktionäre herangezogen wurden, fiel die Abstimmung zu Ungunsten der Arbeitstüchtigen aus. Darob große Enttäuschung, es wird noch einmal zur Abstimmung geschritten, natürlich unter schwierigstem Protest unserer Genossen. Aber auch da war ihnen ihr Glück nicht hold, trotzdem die meisten der sogenannten Proleten für die Ueberschichten stimmten, lehnte es die Mehrheit, die es mit ihrem Pflichtbewußtsein ernst nahm, ab. In dem wirren Durcheinander, das man entstand, indem die Abstimmung wieder angefochten wurde, wurde es den meisten überdrüssig, dieses Spiel noch länger mitzumachen, und waren im Begriff, die Konferenz zu verlassen. Bezirksleiter Franz, der dies sah, ergriff das Wort und versuchte, die Gemüter zu beruhigen und weiter zu lägen.

Zu Punkt 3 wurde von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß wir gewillt sind, unsere Arbeitskräfte im Westen zu unterstützen, aber dies darf nicht durch die Unternehmer geschehen, sondern durch die Gewerkschaften. Dem Punkt wurde zugestimmt, natürlich werden in den nächsten Tagen die Belegkästen dazu Stellung nehmen müssen und beweisen, ob sie den Standpunkt der „arbeitstüchtigen“ Gewerkschaftsführer teilen oder nicht. Im großen Ganzen ist diese Konferenz resultatlos verlaufen, die meisten Kollegen ließen sich nicht einlassen. Ein Resultat hätte die Konferenz wenigstens, man konnte feststellen, wie nahe unsere freigeberischen Führer mit den christlichen zusammenstehen, die Einheitsfront ist zwischen diesen hergestellt. Begrüßenswert wäre es gewesen, wenn die Frage der Angliederung mehr behandelt worden wäre, für diese brennende Frage hatten die Herren wohl wenig Interesse, die Hauptfrage war das Zustandekommen des Ueberschichtenabkommens.

## Die Zustände bei der Wagh- und Schlieffgesellschaft.

Man schreibt uns: Ich bin bei der Wagh- und Schlieffgesellschaft beschäftigt und organisiert im Transportarbeiterverband. Wir hatten am Donnerstag den 1. Februar im Gewerkschaftshaus Versammlung zwecks Lohnhöhung. Bei der letzten Versammlung im Januar wurde eine 100prozentige Lohnhöhung zu dem Januar-Gehalt beschlossen. Als die Verhandlung mit dem Betriebsrat die Verhandlung beim Direktor der Wagh- und Schlieffgesellschaft aufnahm, einigte sie sich nach dreikündiger Verhandlung auf 50 Prozent. Dies teilte uns der Betriebsrat mit und wir lehnten es ab, uns irgendwie mit einer nochmaligen Verhandlung einzulassen. Kollege Hahn vom Transportarbeiterverband ging mit dem Direktor ohne Betriebsrat in eine nochmalige Verhandlung ein, trotzdem wir eine 100prozentige Lohnhöhung gefordert hatten. Nach dieser Lohnhöhung wurde das „Hochgehalt“ 72 000 Mark betragen. Kollege Hahn forderte 60 000 Mk. In letzter Stunde verhandelte der Betriebsrat-Obmann mit dem Direktor und es kam eine Eingung mit 80 Prozent zu Stande. Auch diesen Vorschlag lehnten wir bei der Versammlung die meisten Kollegen ab. Da hing der Kollege Hahn, Vertreter des Transportarbeiterverbandes, die Wächter einschüchtern an. Er behauptete, wenn wir die 80 Prozent ablehnen, so müßten wir an den Schlichtungsausschuss gehen, dieser würde auch nicht mehr entscheiden, da die Januar-Indizes für nur 44 Prozent betrug und wir haben schon 80 Prozent und wir würden uns bei der nächsten Lohnhöhung in den Finger schneiden, der Arbeitgeber würde uns nicht mehr geben, als was die Indizes betrug. Scheinbar vergiftet Herr Hahn, daß wir jeden Monat nur einmal Lohnhöhung haben, daß die Indizes zu Gunsten der Kapitalisten gestiegen sind, und hinter der Forderung zurückbleiben. Nun war die größte Zahl der Wächter stumm geworden und entschieden sich für die Annahme der 80prozentigen Lohnhöhung. Zur großen Freude des Herrn Hahn, des Herrn Hahn, der keinen Streit wollte. Herr Hahn behauptete, der erste Tag Streit würde 200 Mark, der 2. Tag 5000 Mk. und der 3. Tag 7000 Mark kosten. Das würden wir am Lohn verlieren, wenn wir dann die 100 Prozent herausholen, so hätten wir auch nicht mehr. So arbeiten die Gewerkschafts-

führer, nur um mit dem Arbeitgeber ja nicht in Konflikt zu kommen. Die Wächter und ihre Familien können ja leben, wie sie mit dem Hungergeld (Hochgehalt 58 000 Mark) auskommen, wenn nur der Burgfrieden gewahrt und die Kasse gespart bleibt.

## Die Betriebsversammlung der Singinger-Werte in Breslau lehnt die Nothilfe ab.

Am 11. Februar tagte eine Betriebsversammlung der Singingerwerke, in welcher der Verbandsgewerkschaft Liebig über die Lage im Ruhrgebiet referierte. Im allgemeinen steht den Arbeitern auf dem Standpunkt, daß der Einmarsch der Franzosen durch die allgemeine Sabotage der deutschen Industriellen und die Einstellung der Cuno-Regierung direkt provoziert wurde. Daß die französischen Arbeiter zu keinem energischen Protest gegen ihre Regierung wegen diesem Unternehmen kamen, soll an dem Bruchschlag in den französischen Gewerkschaften gelegen haben. In der Diskussion trat ihm der Kollege Friedrich scharf entgegen. Nicht der Bruderkrieg in den französischen Gewerkschaften sei Schuld an dem Versagen der Zentralgewerkschaften, sondern die Willkürhaftigkeit der sogenannten Führer in der Zweiten Internationale. Durch den Einmarsch der französischen Armeen sei die Kriegsgeschichte in bedenkliche Nähe gerückt. Mit dem Sabotageakt der deutschen Industriellen und der Cuno-Regierung war für die gesamte Arbeiterschaft das Signal gegeben, den Generalstreik zu proklamieren. Aber, wie 1914 verlagte die Antiserdamer Internationale wieder einmal. Statt zum Klassenkampf, und somit zur Ersaffung der unermesslichen Schätze der deutschen Bourgeoisie zur Bekämpfung der Kriegsschulden aufzurufen, schloßen die Zentralgewerkschaften Burgfrieden und rufen zur nationalen Sammlung auf. Die Arbeiterschaft wartet leider noch immer darauf, bis ihre Führer ihnen das Signal zum Losschlagen geben. Die übergroße Mehrheit brütet dumpf dahin, und verhungert lieber langsam, als daß sie sich ihrer bürgerlichen Führer erledigen. Nicht nationalistische Sammlungen lindern die Not der Ruhrarbeiter und die kommende Not der übrigen deutschen Arbeiterschaft, sondern nur der energische Kampf aller Proleten gegen ihre Ausbeuter. Mit großer Energie trat Liebig für die „Brüder in Not“-Hilfe ein. Am das Glend der Rentner und Hausbesitzer zu schildern, führte er uns einen 65-jährigen Hausbesitzer vor, welcher sich angeblich nur noch von Kartoffeln und Kartoffelschalen ernähren soll. Von dem Glend der Arbeiterschaft, speziell der Arbeitslosen, scheint dieser kleinbürgerliche Arbeitervertreter nichts mehr zu wissen. Durch die Mitarbeit im Wohlfahrtsamt hört er nur noch vom Glend der ehemaligen Besitzenden, denn die im Glend lebenden Proleten werden wohl meistens abgewiesen, was verschiedene Kollegen bestätigten. Das ungeheure Glend der arbeitslosen Proleten scheint Herrn Liebig weniger zu interessieren. Und diesen, unseren arbeitstüchtigen Brüdern, helfen wir nicht mit einer Sammlung durch das Wohlfahrtsamt, nicht durch Betteleien, sondern durch Einreihung in die Betriebe. Nicht Ueberschichten helfen den Arbeitslosen, sondern Brot, in Gestalt von Arbeit. Die „Brüder in Not“-Hilfe wurde nahezu einstimmig abgelehnt. Der sogenannte „Ruhrhilfe“ wird die Belegschaft noch weit größere Ablehnung entgegenbringen, ganz gleich, unter welchen „Mänteln“ sie den Arbeitern schmachtet gemacht wird.

## Mißstände auf den Schlesischen Kohlen- und Koks-werten.

Auf dem Mayrauschacht herrscht seit einer Zeit Holz- und Pechmangel. Infolge dieser Mißstände war es den Kameraden nicht möglich, ihren tarifmäßigen Oedingelohnanteil zu verdienen. Trotzdem ließ Herr Steiger Witke aus der 7. Abteilung die Kameraden unter dem tariflichen Lohn ablaufen, außerdem betrachtete Herr Steiger Witke die Kameraden als Faulenzer. Bei dem geringsten Versehen heißt es, Sie kann ich nicht mehr beschäftigen, holen Sie sich morgen die Papiere, dies ist schon dreimal hintereinander geschehen, freilich gelang es ihm und dem Herrn Bergverwalter nicht, weil sich die Betriebsräte derartig unwilligen Entlassungen entgegenstellen haben. Herrn Steiger Witke möchten wir aber zurufen, derartige Handlungen zu unterlassen, sonst könnte ihm recht schnell einmal das Geschick von Herrn Direktor Schröder ereilen. Noch ein feinerer Herr ist der Fabriksteiger Wunder von Mayrau, welcher die Kameraden sehr kameradschaftlich behandelt, um recht viel von ihnen herauszubekommen, und sie dann sofort weiter melden zu können. Außerdem scheint Herr Wunder ein „gutes Gemüt“ und große Liebe für den ehemaligen Kronprinzen zu besitzen, denn er läßt seine Frau in Zellkammer mit Sammelisten sirkulieren, welche die Aufschrift tragen: „Spenden für unseren Kronprinzen, damit er wieder zurückkehren kann.“

# Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki

105. In seinen Bergen erzählte Gratschew davon, wie er abgeritten und ein am durch eine rauhe Gasse gewandert war und von niemand einen Willkomm noch sonst ein freundliches Wort gehört hat. Und da, als er vor Hunger und Gram schon beinahe starb, war er guten Menschen begegnet, und die hatten ihn liebevoll aufgenommen und wieder erwarmt. Und durch das Wort „von Lieb“ durchzuckt, daß wie ein glühender Funke in sein Herz gefallen war, sei er wieder aufgelebt.

„Und in mein Herz zog neue Hoffnung wieder. Und meiner Brust entquollen frohe Lieder. Nunew las das Gedicht bis zu Ende durch und wart die Zeitung dann grollend zur Seite.“

„Immer dachte, immer denk' dir was aus! Wari' nur, deine guten Menschen werden dich noch mal gründlich reitlegen! Gute Menschen!“ dachte er höhnisch lächelnd. Aber plötzlich, wie wenn noch ein zweites Herz in ihm redete, ging's ihm durch den Sinn:

„Wie wär's, wenn ich mal plötzlich bei ihnen vorprüche? Ich komme einfach und sage: Hier bin ich! Verzeiht mir!“

„Was den verzeihen?“ fragte er sich dann wieder, und brauch diesen Gedankenfang jah mit den düstren Worten ab: „Sie werden mich fortjagen.“

Dann nahm er mit bitterem Reid im Herzen noch einmal die Zeitung auf, las noch einmal Gratschew's Gedicht und warf wieder an das Mädchen denken.

„Sie ist stolz, wird mich so auf ihre Art ansehen. Na, und ich kann abgehen, wie ich gekommen bin.“

In derselben Zeitung las er unter den Lokalnachrichten die Notiz, daß am dreißigsten September im Bezirksgericht in der Diebstahlsache wider die Wjera Kapitandina eine Verhandlung stattfinden würde. Ein khabentrosches Gefühl regte sich in ihm, und indem er sich in seinen Gedanken an Pawel wandte, sagte er:

„Du dachtest Berse? Und sie sitzt immer noch im Gefängnis?“

„O Herr, sei mir Gnadig gnädig,“ flüsterte Serentij und schüttelte traurig seinen Kopf. Dann blühte er auf seinen Neffen, der noch immer in die Zeitung vertieft war, und rief ihn an:

„Hja!“

„Was gibt's?“

„Dieser Petrusch.“

„Der Budlige lächelte traurig und schwieg.“

„Beste-ohien hat er mich!“ rief Serentij mit leiser Stimme, indem er trübselig lächelte.

„Hja schaute gleichgültig in das Gesicht des Onkels und sprach kein Wort, sondern dachte nur: „So ist's recht.“

„Hja ha, betrogen hat er mich! ...“

„Wievie! habt ihr denn eigentlich damals gestohlen?“ fragte Hja ruhig.

Der Onkel stützte samt seinem Stuhl vom Tische ab, neigte den Kopf vor und bewegte, während seine Hände auf den Armen lagen, die Finger hin und her.

„Zehntausend, nicht wahr?“ fragte Nunew wiederum.

Der Budlig: hoch erstaunt den Kopf und sprach gedehnt: „Ze-hn?“

„Was denkst du denn, Herr des Himmels! Dreitausendhundert waren es im ganzen und noch ne Kleinigkeit, und du redest von zehntausend!“

„Aber der alte Seremetj hatte doch mehr als zehntausend Rubel!“ sprach Hja lächelnd.

„It's möglich?“

„Ja g-wiß doch, er hat mir's selbst gesagt.“

„Konnte er's denn überhaupt zukommengählen?“

„Ebenfogut wie du und Petrusch.“

Serentij wurde nachdenklich, und abermals senkte sich sein Kopf.

„Um wieviel hat dich denn Petrusch betrogen?“

„Am hiebenhundert!“ sprach Serentij mit einem Seufzer.

„Du meinst also, es wären mehr als zehntausend gewesen?“

Nunew schwieg. Es war ihm unangenehm, das bekümmerte, enttäuschte Gesicht des Alten zu sehen.

„Wo hätte er denn so ne Menge Geld verstecken können?“ fragte der Budlige ganz erstaunt. Wir haben doch alles weggenommen, sowohl ich weiß, oder hat mich am Ende Petrusch gleich damals betrogen, wie?“

Solltest endlich Schweigen von der Sache.“ sprach Nunew hart.

„Es war nur so in Gedanken,“ sprach er verdrießlich zu Serentij und stand vom Tische auf.

„Glaub's schon,“ versetzte dieser mißtraulich.

Als Hja in den Laden ging, schaute der Budlige ihm forschend nach, und seine Lippen bewegten sich dabei tonlos. Hja aber schien diesen verdächtigen Blick hinter seinem Rücken zu spüren — er hatte schon längst bemerkt, daß der Onkel jeden seiner Schritte beobachtete und gar zu gern ihn über irgend etwas ausgeforscht hätte.

Das veranlaßte Nunew, den Gesprächen mit dem Onkel aus dem Wege zu gehen. Er sah es mit jedem Tag deutlicher, daß der Budlige ihn in seiner Lebensführung behindere, und immer häufiger stellte er sich selbst die Frage:

„Wie lange soll sich das noch hinziehen?“

In Nunew's Seele war das Geschwür allmählich reif geworden, immer trostloser erschien ihm das Leben, und schlimmer als alles andere war, daß er zu keiner Tätigkeit Lust hatte. Zu nichts zog es ihn hin, und bisweilen war's ihm, als ob er langsam und mit jedem Tage tiefer in eine dunstige Höhle ohne Boden versänke. Und weil er sich von den Menschen schwer gekränkt wähnte, so konzentrierte er alle Kräfte seiner Seele in der bitteren Empfindung dieser Kränkung, dachte sie durch beständiges Grübeln immer von neuem an und fand schließlich in ihr eine Rechtfertigung für alles Böse, das er je getan hatte.

Bald nach Serentij's Ankunft erschien auch Tatjana Waschjewa auf der Bildfläche, die eine Zeitlang außerhalb der Stadt gewohnt hatte. Beim Anblick des budligen Bäuerleins, das in dem braunen Barockhemd im Laden umherging, verzog sie verächtlich die Mundwinkel und fragte Hja:

„Ist das Ihr Onkel?“

„Ja,“ antwortete Nunew kurz.

„Wird er bei Ihnen wohnen?“

„Selbstverständlich.“

Tatjana Waschjewa fühlte etwas Feindseliges, Herausforderndes in den Antworten ihres Kompagnons und lenkte ihre Aufmerksamkeit von dem Budligen ab. Serentij, der auf Gavrils Plage an der Tür stand, zwirkelte an seinem gelben Kimonobanden und schaute mit neugierigem Blick auf die schlaffe in grau gekleidete Gestalt des kleinen Weibchens. Auch Nunew sah zu, wie sie gleich einem Sperling im Laden herumprallte, wartete schweigend, was sie noch fragen würde, und war bereit sie mit schweren bittern Schmahworten zu überschütten. Sie aber schaute nur von der Seite auf sein kaltes, haberkülles Gesicht, und verschonte ihn mit weiteren Fragen.

(Fortf. folgt.)

Und all diesen Handlungen heraus können die Kameraden sehen, wie vertrauensselig die beiden Steiger den Kameraden gegenüber sind. Kameraden merkt euch die beiden Herren und behaltet sie gut in Augenscheln.

Ein Bergarbeiter.

### Mitgliederversammlung des Belleidungsarbeiterverbandes Breslau.

Die Mitgliederversammlung, welche vor einigen Tagen im großen Saale der „Wattkaland“ stattgefunden hat, hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Zur augenblicklichen Situation lenkte die Rede zunächst die wachsende Arbeitslosigkeit, an welcher fast alle Branchen beteiligt sind. Zahlreiche Verhandlungen, welche mit den Arbeitgebern darüber geführt werden mußten, zeigen den Ernst der Lage. Aufgabe der Betriebsräte ist es, hauptsächlich die Entlassungen zu bekämpfen und abzuwehren. Leider geht es immer noch Betriebsräte, welche die augenblickliche Wirtschaftslage nicht richtig verstehen können. Die in letzter Zeit geführten Verhandlungen haben der Kollegschaft wenig Vorteil gebracht, während die Arbeitgeber sehr gut verstehen, ihre Aufertigungspreise der Welt zu anpassen. Der Aufertigungspreis eines Maßanzuges beträgt nach dem neuesten Stand 122 000 Mark, berechnet nach einem Stundenlohn von 755 Mark. Der Schneider erhält jetzt 42 000 Mark. Die Situation in unserer Organisation ist nach fünfmonatlichen Bestehen, als gut zu bezeichnen. Wenn man seitens des alten Verbandes glaubt hat, uns schnell niederzulegen, so habe man sich schwer getäuscht. Der alte Verband in Breslau habe heute schwer zu kämpfen. Sein Verbandsleben sei nicht mehr intakt. Die junge Organisation habe sich durchgerungen und auch der Schlichtungsausschuß habe trotz der schwersten Gegenstände erkennen müssen, daß wir ein tariffähiger Kontrakt sind. Bei Entlassungen haben wir planmäßig mit den Arbeitgebern verhandelt. Bei der Erledigung von Differenzen sind Hunderttausende für unsere Kollegen herausgeholt worden. Die Organisation entwickelte sich ständig. Das Organ der Breslauer Belleidungsarbeiter soll weiter ausgebaut werden. In der mündlichen Agitation dürfen die Mitglieder nicht erlahmen, auch der Versammlungsbetrieb müsse besser werden. Den Kassenbericht gab Veitmann. Die Einnahmen für Januar betragen 330 502 Mk., die Ausgaben 191 354 Mk. Zur Beitragsrückzahlung wurde beschlossen, die niedrige Klasse mit 40 Mk., die höchste mit 400 Mk. pro Woche festzusetzen. Bei der Ergänzungswahl zum Vorstand wurden die Kollegen Wagner, Witzel, Herrmann und Kollegin Scholz gewählt.

### Aus der Partei.

#### In eigener Sache.

Als Antwort auf die in der „Euphratischen Arbeiter-Zeitung“ Nr. 4, erschienenen Artikel: „Spiegel Gruschwitz als Gewehrschütze“, erhebt Max Gruschwitz in der „Rachtpost“, Nr. 7 (in Ermanglung politischer Argumente gegen die KPD), wider besseres Wissen gegen mich den Vorwurf, daß ich u. a. bei Abrechnungen mit der KPD, Zeitsale zu 1000 Mark gefälscht und mich für die 20 000 Mark, die ich jetzt der ehemaligen, bereits als Spiegel entlarvte Kurier Wolf Roth untergeschoben, vom Kopf bis zu den Füßen eingekleidet und wie ein Lord gelebt hätte!

Ich werde Max Gruschwitz Gelegenheit geben, für seine wider besseres Wissen gegen mich erhobenen, niederrichtig-gemeinen, erfindenen Behauptungen den Wahrheitsbeweis zu erbringen.

H. Kauf.

### Solales.

Breslau.

#### Edo Jimmen über die Weltlage.

Beripäret geht aus nachstehender Bericht zu:

Ueber die Weltlage und die Aufgaben des internationalen Proletariats sprach am Donnerstag vor etwa 2000 Betriebsräten und Vertrauensleuten der Sekretär der Amsterdamer Internationale Edo Jimmen. Sein kräftiger Vortrag läßt sich in 3 zusammenhängende Teile zusammenfassen. In der ersten Abschnitz seiner Rede behandelte er die Zeit in der modernen Arbeiterbewegung vor, während und nach dem Kriege. Er zeigte auf, wie die Kräfte der Arbeiterkraft über Länder sich vor und während des Krieges mitbrachten haben, indem sie die Arbeiter für die Interessen des Kapitals gegenwärtig erheben, damit sich diese gegenwärtig die Schwadronen schlagen. Er zeigte er auf, wie der Staat des Kapitalisten für die Welt geistlichen Zuhälterdienste ansieht. In England 2 000 000 Proletarier ohne Arbeit, in Frankreich will man die Beziehungen nicht amerikanisch in Italien hat man die Arbeiterbewegung total ausgerottet und vernichtet. Alles in allem: Der Prolet hat keine Schuldigen getan, er kann gehen. In Deutschland die deutsche Arbeiterkraft für ihre heldenmütige Vaterlandverteidigung erhalten hat, bezeugt er anständig. In Hand des Buchs von Gumpel „4 Jahre bolschewistischer Welt“ dieses Buch ist in unserer Durchsicht vollständig. Er zeigt er das wahre Gesicht der sogenannten freien Republik z. B. Er wurde feststellen, daß auch viele führende Personen die Welt im Wandel im Wandel führen, und lagte den Arbeitern, laßt euch von solchen Führern nicht mehr beugen. Im 2. Teil seiner Rede war eine Auseinandersetzung (sachlich) der KPD mit der kommunistischen Internationale, und 3. und 4. es entzweit sich nicht. Er wurde nachgewiesen, daß die Kommunisten im Interesse wären, wenn sie Arbeiter des Berufs und der Parteilichkeit begünstigen. Das Berichten der Amsterdamer und 2. Internationale bei der Aufhebung begründet er mit der augenblicklichen Schwäche, daß die meisten geistlichen Schwadronen nicht durchgeföhrt, und daß auch der Generalstreik im Falle eines drohenden Krieges nicht zur Durchföhren gebraucht werden kann, liegt in der schlichten Konsequenz die wir haben.

Er hat den Arbeitern aber nicht an der Internationale zu verzweifeln, denn es wird schon noch werden. Die ersten Schritte zur Solidarität sind schon da. Auch kommunisten wir können in die unabweislich kommenden Kämpfe.

Die Weltlage läßt er sich folgendermaßen. Die Aufhebung A ein gewaltiges Gebot des Sinnes und Ueber. Da Arbeiter werden untergebracht, dann kommt die Aufhebung der Welt mit der veränderten Arbeitslosigkeit, als nach dem Krieg, und man muß nicht mehr empfinden, daß wir Hunger und Elend, dann kommt die revolutionäre Welt, entweder werden wir liegen oder wir gehen für Jahrzehnte weg.

Im 3. Teil sagte er, was man sich seiner Meinung zu sein. Er hat die Aufhebung und nach einem Aufhebung, eine Konsequenz mit dem Kapital, sondern helfen können die kapitalistische Gesellschaft und alle Arbeiter der Organisation zu führen. Bei allem müssen wir einzig werden. Kosten und Aufhebung, wenn die einzig werden, dann kann nichts mehr verloren gehen.

In der auf 10 Minuten befristeten Diskussion fragte Genosse Kopsch den Referenten, was von eigentlich die die Konsequenz kommen soll, die eine einseitige Aktion möglich. Dann sagt er die Arbeiterkraft noch etwas Kraft ist und alles darauf beruht, nicht Kapitalist ist, dann wird es totaler Verfall es zu sein sein. Mit Recht sagte er, daß solchen Führern, die weiter nichts als Parteilichkeit predigen, und in entscheidenden Momenten immer verfallen haben, an Konsequenzen entgegengebracht werden kann. Die Genossen wurde und Glück schändeten, daß die Aufhebungen 3 Referenzen in 1. Teil nur mangelhaften Konzentration, und

unterzogen im übrigen verschiedene Ausführungen einer berechtigten Kritik.

Im Schlußwort wies Jimmen nochmals darauf hin, daß es zwischen Kapital und Arbeit kein paktieren und keine Einheitsfront geben darf, und die Arbeiter alle derartige Empfehlungen gebührend beantworten mögen.

Wir werden auf die Ausführungen Edo Jimmens noch zurückkommen.

### Das Märchen von den hohen Löhnen und Gehältern.

Von den Angestelltenverbänden wird und geschrieben. In der Presse ist von interessierter Seite immer wieder die Behauptung von den hohen Löhnen und Gehältern der Arbeiternehmer aufgestellt worden. In der weiten Schichten der Bevölkerung hat man sich daran gewöhnt, die Behauptung, daß die jugendlichen Arbeitnehmer vermöge ihrer hohen Einkommen allen möglichen Luxus treiben, kritiklos als wahr hinzunehmen. Die Arbeitnehmer haben sich immer wieder gegen derartige Behauptungen gewehrt. Ihre Löhne bzw. Gehälter reichen kaum aus, um den notwendigen Lebensbedarf zu befriedigen. Das kann auch nicht anders sein, da die vom Lohnamt errechnete Steuersteigerung sich auf viel zu niedrige Grundhaltungsstufen auswirkt. Man ist auch von ganz kompetenter Stelle dem Märchen von den hohen Gehältern ein Ende gemacht worden.

Vom Zentralverband der Angestellten wurde nämlich vor einiger Zeit am Kaufmannsgericht gegen eine Firma geklagt, die ihren Filialleiterinnen neben der Beföstigung Monatslohn von monatlich 500 Mark im April, bis zu 900 Mark im September 1922 zahlte. Der klagende Verband stellte die Beföstigung mit dem Betrage ein, den die Behörden als sogenannten Wert der Sachbezüge festsetzten, und forderte Nachzahlung der Differenz bis zur Höhe des tarifmäßigen Gehältes. Vom Arbeitgeberverband des Einzelhandels wurde darauf mit Schreiben vom 21. November 1922 eine Verpflegungsberechnung aufgemacht, nach der die sechs Klägerinnen noch Beträge bis zu 5479 Mark zurückzahlen hätten. Der Einzelfall stellt sich etwa so dar: Das Zariagehalt betrug für die Zeit April bis September 1922 insgesamt 27 350 Mark. Die Firma berechnet aber nur für Beföstigung während dieser Zeit 25 801 Mark. Die einzelne Klägerin hat demnach schon allein für die Kostgewährung nicht nur das Zariagehalt aufgebraucht, sondern noch 1441 Mark zurückzahlen. Für Wohnung und Anschaffungen bleibt nicht ein Pfennig übrig.

Inzwischen sind zwar die Gehälter weiter erhöht worden, an dem Zustand hat sich indessen nichts Wesentliches geändert. In der Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht am 9. Februar legte der Syndikus des Arbeitgeberverbandes, Herr Dr. Jürer eine detaillierte Aufstellung des ehemaligen Firmeninhabers vor, nach der für einen Angestellten lediglich für Beföstigung im Anlage gebracht werden mußten pro Tag im September 412, Oktober 590 und November 1120 Mark. Danach ergibt sich folgende Schätzung:

Zur Beföstigung eines weiblichen Angestellten waren nach dieser Rechnung der Firma und des Arbeitgeberverbandes für die Monate September, Oktober und November 66 350 Mark notwendig. Das Zariagehalt betrug für die weiblichen Angestellten dieser Branche, für diese drei Monate zusammen: Für Jugendliche im Alter 17-18 Jahre 26 290 Mark, für Angestellte im Alter 20-21 Jahre 47 700 Mark und für die höchste Altersklasse, über 30 Jahre, 79 060 Mark. Jugendlichen fehlen somit rund 40 000 Mark und solchen im Alter von 20 bis 21 Jahren rund 19 000 Mark am Zariagehalt, um nur die Kostschuld bezahlen zu können. Allein die ältesten Angestellten über 30 Jahre bedürfen knapp 4000 Mark in drei Monaten übrig für Wohnung, Kleidung und andere Bedürfnisse.

Man wird die Kosten für Nahrung auch noch etwas niedriger einlegen dürfen, wie das der Arbeitgeberverband tut. Aendernd wird das nichts an der Tatsache, daß der Arbeitgeberverband für den Breslauer Einzelhandel als kompetente Stelle ein für allemal dem Märchen von den hohen Löhnen ein Ende gemacht hat.

#### Quartiere für die Delegierten gesucht.

Die am 2. März in Breslau stattfindende General-Versammlung der Produktiv-Gewerkschaften und der am 3. und 4. März tagende Bezirks-Versammlung nötigt die auszubildenden Delegierten in Breslau zu übernachten. Wir erwarten von den Mitgliedern der Ortsgruppe, daß sie für unsere Gäste Quartiere zur Verfügung stellen und bitten, die Quartiere bei den Bezirksleitern oder im Büro der Ortsleitung, Nikolastr. 43/44, oder bei der Bezirksleitung, Srebnigerstr. 59, sofort zu melden.

Opportunisten-Einheitsfrontnummel. Das Optimaler Gewerkschaftsmitglied ist es. Dem Beispiel anderer Städte folgend, wurde es sich der heilige Magister, vertreten durch Bürgermeister Scholz, nicht verlagern, ebenfalls die Vertreter aller Parteien, Gewerkschaften, und reich der Erde, was noch alles, um die Einheitsfrontnummel einzuladen. Bürgermeister Scholz, rief, und alle, alle lassen. Kommunisten, Sozialdemokraten, Arbeiter, Beamte, Offiziere usw. lassen fröhlich beifallen, bis der Rummel langsam. Nach einer nicht-kommunistischen Einheitsfrontnummel ließ ein extra dafür nach hier interessierter Sozialdemokrater Arbeiter eine Konzerte aus seiner „Hochwürden“ Mund lassen. „Hochwürden“ ist der Mann, daß die Tragweite der Schuldfrage des Krieges nach sehr wenig in der letzten Zeit beiläufig belauscht ist, und gab seine Ansicht darüber, die was der Unken zunächst sprach, augenwappent wurde (O, daß Gauder), zum besten. Der arme „Hochwürden“ legte an die Verlesungen den Maßstab seiner schwarzen Schwadronen, die des Sonntags an seiner Kanzel beher. Er hatte sich geäußert. Auch ihm sprach im ähnlichen Sinne der deutsche nationale Bonar. Aufmerksam, dann lassen die 777 Kommu-

nisten und Gewerkschaftler zu Wort. Die Genossen Girndt und Ebor brachten in kurzen, verständlichen Worten ihre Ansicht über diesen Einheitsnummel vor und vergaßen nicht die „Machteliebe“ derjenigen, die Milliarden und Millionen aufhäufen, ins rechte Licht zu setzen. Wie tief die Moral gewisser Leute schon gesunken ist, zeigte die Entrüstung abigen sich in der Ecke verstickt aufhaltender „Herren“ über die Worte des Genossen Girndt, als er sagte, daß ihm ein ehrlicher französischer Arbeiter lieber, als ein deutscher Schieber und Wucherer sei. Auf die Worte des Genossen Ebor, daß erst vor einigen Tagen ein hiesiger Unternehmer ein Fest für 10000 veranstaltete, für das der Wein allein 400 000 Mark kostete, fand man keine Entrüstung gegen den Unternehmer. Eine verständige Haltung nahm das hiesige Gewerkschafts-tariff ein, indem es durch den Ortsangestellten Rühn erläutern ließ, daß es jede Notgemeinschaft mit dem Bürgertum ablehne. Rühn, du warst zu kühn, wie wird dir der notgemeinschaftliche WGB, den Kopf wachsen, wenn er das erfährt! Wo Licht ist, sind auch Schatten. Die uns bürgerliche Fabrikarbeiter geratene SPD, vertreten durch Christ, wertete tüchtig auf das Bürgertum los, um am Schluß zu erklären, daß sie ebenfalls die Notgemeinschaft ablehne, dafür aber einen eigenen Sammelladen aufmache. Ob Herr Christ mit seinen 25 Mitgliedern daran glaubt? Wir nicht! Kampf dem Bürgertum, Erhaltung der Sachwerte zur Linderung der Not unserer Armen und zur Entlastung der Proletarier von den drückenden Kriegslasten, die von dem mordlustigen Bürgertum auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt wurden, war und bleibt die Parole der Kommunisten. Zu seiner Enttäuschung mußte Bürgermeister Scholz feststellen, daß die so ein-gesetzte Einheitsfront, in der die Arbeiterschaft wieder die Zahlenden sein sollten, aufgelöst sei, und mußte die Versammlung ohne Resultat schließen. — Dieses ganze Schauspiel, vor der gesamten Arbeiterkraft, hätte viel die Augen wohl für immer geöffnet. Schade, daß dies nicht möglich war.

### Versammlungs-Kalender.

Für jed. Zeile aus dies. Kalendar mag ein Betrag von 10 A gezahlt werden.

**KPD** Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Bresl., Nikolastr. 43/44. Fernruf: 2411. Postfach: 897. Adresse: E. Red. Co. Bresl., Nikolastr. 41/42. Postfach: 8864, Kitzb. Ostbahn.

In alle Haupt- und Unterabteilungen der Ortsgruppe Breslau. Unter Hinweis des Beschlusses der Bezirksleitung (siehe Beschlüsse 17. und 18. Februar) sind die Beiträge im Monat Februar für 5 Wochen einzuführen. Fehlende Beiträge werden sofort beim Ortsleiter anzufragen. Gleichfalls werden bei in familiäre Schwierigkeiten darauf aufmerksam gemacht, daß am 28. 2. von 5.30 bis 8. Uhr abends die Ausgabe des März-Blattes erfolgt und außerdem bis dahin jeder Beitrag für Februar abzugeben ist.

Bezirksleitung, Sonntag, den 25. Februar, vorm. 9 Uhr, im Bezirksleiterbüro, Zerkowstr. 50, Sitzung der Bezirksleitung. Das öffentliche Erscheinen aller Parteimitglieder ist dringend erforderlich.

Breslau, am 22. Februar, abends 7 Uhr, im Versammlungssaal Nikolastr. 43/44, wichtige Besprechung, zu welcher alle Parteimitglieder sowie die Mitglieder der Jugendorganisationen kommen müssen. Auch aus jedem Bezirk muß eine Delegation anwesend sein.

Torunow, den 22. Februar, abends 7 Uhr, im Versammlungssaal Nikolastr. 43/44, werden sich alle Parteimitglieder und Jugendorganisationen, welche den Arbeiter-Sammeltag angeht, oder sich für dieses Gebiet interessieren, zu einer wichtigen Besprechung einfinden.

Breslau, den 22. Februar, abends 6 Uhr, im neuen Gewerkschafts-saal (früher Städtische) Theateraufführung: „Am Leben verurteilt“, die die Arbeiterschaft, Prolog. — G. Entworfener vor Sonntag nach, die ganze Woche bis 22. 2. bei den Vorstand und bei den an den Vätern beteiligten Genossen, Behälterabteilung.

Nieder-Hermersdorf, Sonntag, den 2. Februar, nachm. 4 Uhr, im Gasthof zur „Wasserschänke“, öffentliche Mitgliederbesprechung. Hierher: über „Sozialreform oder Revolution“. Zeitschriften und Sympathisierende willkommen.

Hindenburg, am Sonntag, den 25. Februar, vormittag 10 Uhr, findet im Saal Monopol (Bis) Friedrich-Wall-Strasse, eine Mitgliederbesprechung statt. Zu der Tagesordnung sehr wichtig ist, so ist es Pflicht eines jeden Genossen, jeder Genossin auch der Jugendorganisationen, bestimmt zu erscheinen. Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt. Die Funktionäre haben dafür Sorge zu tragen, daß die Mitglieder vollständig erscheinen.

**KJD** Bezirksleitung: Tag. Kasse, Bresl., 1. Nikolastr. 43/44. Postfach: 8864, Kitzb. Ostbahn.

Breslau, Heim Luxemburg, Mittwoch, den 21. Februar, abends 7 Uhr, im Schulten-Broschierstr. 12, Arbeitergemeinschaften. Gäste sind eingeladen.

Cannenberg, Sonntag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, bei Dieter, Mitglieder-versammlung. Außerordentliche Tagesordnung. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

Nieder-Hermersdorf, Sonntag, den 2. Februar, vorm. 9 Uhr, im Gasthaus zur „Wasserschänke“, Mitgliederbesprechung. Gäste sind willkommen. Die Funktionäre sind verpflichtet, zu erscheinen.

Waldenburg, Donnerstag, den 22. Februar, Diskussion über die Propagandamittel für die „Junge Garde“ und Parteimitglieder.

Nichting Ortsgruppen der K.J. des Kreises Waldenburg. Zu die Bezirkskonferenz beginnt am Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 6 Uhr, zu erörtern mit Ende, bereits schon Sonntagabend mit dem Jura zu fahren, der 12.37 Wersdorf abfährt und um 3.33 in Breslau eintrifft. Die nächste Kreisbildungsaußschuß-sitzung findet deshalb erst am 4. März in Ralswiek statt.

### Gewerkschaften

Breslau, Aktion Eisenbahner, Donnerstag, den 22. Februar, abends 7 Uhr, im „Brauner Bergel“, Arbeitervereine, Ede Oberstr. 6, Fraktions-sitzung. Sehr wichtige Tagesordnung. Es ist unbedingt Pflicht eines jeden, zu erscheinen. Sympathisierende sind willkommen.

Verantwortl. v. d. gesamt. Inhalt: I. B. J. Hartich; Interate: W. a. 3. Hocher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft 13, die Provinz Schiefen, z. A. n. d. 3. sämtlich in Breslau.

**Kaufe**  
**Gold-Silber-**  
**Platin-Bruch**  
**Zahngelisse**

**Uhren**  
zu höchsten  
Tagespreisen  
**E. Beyer**  
Bücherstr. 15

**Silber-**  
wenn Sie einen  
**Anzug**  
brauchen, nach  
Kleiderstr. 43  
gehen. Bei der  
erworbenen Auswahl  
finden auch Sie et-  
was preiswertes.  
Nur Einzelverkauf.  
W. H. Schuler

**Achtung!**

Ich zahle  
für alle Sorten Altmetalle  
**Altessen, Zeitung,**  
**Makulatur, Papier**  
den Dollarkurs entsprechende  
**höchste Tagespreise.**

**Lessingstraße 10**  
Telephon Obk. 682.

**Artur Linke.**

Ausgeschlossen!

NEUERSCHEINEN.

## Im Zeichen der Arbeit.

Resolutionen u. Beschlüsse des 3. Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale

Wir veröffentlichen in diesem Heft das Ergebnis der elftägigen Beratungen des 3. Welt-Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale, soweit es in Beschlüssen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten vorliegt. Möge es allen jungen Kommunisten eine tüchtige Waffe im Kampfe werden!

Grundzahl 1,20 Mark  
Schlüsselzahl für Org. = 300

**VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE**  
BERLIN-SCHÖNEBERG  
Anlieferungsstelle für Deutschland:  
Verlag Junge Garde - Berlin C 2 - Stralauer Straße 12